

37. Vollversammlung am 29. Mai 2021

Beschluss der Vollversammlung

SOS – junge Menschen auf dem Weg, Auszubildende und Studierende stärken


Die Corona-Pandemie wirkt sich stark auf die konkrete Lebenssituation von jungen Erwachsenen aus. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. fordert die Landespolitik und Landesverwaltung Brandenburgs auf, Unterstützungsmöglichkeiten und Unterstützungsräume für junge Erwachsene (wieder) zu schaffen und an die Erfordernisse der Auswirkungen der Corona-Pandemie anzupassen.

„Gute“ Arbeit für junge Menschen in Brandenburg!

Zukunftsängste und prekäre Beschäftigungen haben schon vor Corona das Leben vieler junger Menschen beeinflusst: Minijobs, Befristungen, Selbstständigkeit und Teilzeit gehören für viele zur Realität. Außerdem ist die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch angestiegen und die Tarifbindung nimmt seit Jahren stetig ab. Diese Entwicklungen haben sich nun noch einmal verschärft und müssen jetzt gestoppt und aufgefangen werden. Für uns ist klar: Junge Menschen dürfen nicht durchs Netz fallen. Sie brauchen eine Zukunftsperspektive und soziale Sicherheit. Es gilt eine „Generation Corona“ abzuwenden und eine „gute“ Arbeit im Land Brandenburg zu entwickeln, die für junge Menschen attraktiv ist und eine verlässliche, auskömmliche Perspektive bietet.

Die duale Ausbildung stärken und Vielfalt der Ausbildungsgänge absichern!

Immer mehr junge Menschen suchen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Gebraucht wird deshalb eine Ausbildungsgarantie, die den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs regelt, sowie ein fairer finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben auf Länderebene. Ausbildung darf kein Wettbewerbsnachteil sein. Wer keine Lehrstellen anbietet, soll sich deshalb über eine Umlagefinanzierung an den Kosten der Ausbildung beteiligen.



Um ein auswahlfähiges und hochwertiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu schaffen und kleine Betriebe bei der Ausbildung zu unterstützen, sind flexible, übergreifende Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen (Verbundausbildung, temporär außerbetriebliche Ausbildung). Die stark von der Corona-Krise betroffenen Branchen sind hierauf aktuell besonders angewiesen. Die Landesregierung ist hier gefragt, entsprechende Programme zu schaffen und auch im Bundesrat Lobbyarbeit dafür zu machen.

Junge Menschen im Übergang, Auszubildende und Studierende unterstützen!


Die Schulabschlussphase, der Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder ein Studium und das erste Berufs- und Studienjahr sind von jeher besonders spannende und herausfordernde Zeiten für junge Menschen. Es müssen wichtige Entscheidungen getroffen werden, es muss auch möglich sein, etwas auszuprobieren und sich nochmals umzuorientieren. Die Corona-Krise befördert bestimmte Herausforderungen besonders ans Licht:

- Nicht nur in der Berufsauswahl braucht es Beratungs- und Mentoring-Programme. Um die Ausbildungsqualität zu verbessern, Konflikte zu lösen und andere Hürden zu überwinden, empfehlen wir die Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für Auszubildende. Es gibt viel zu viele Ausbildungsabbrüche.
- Abschlussprüfung trotz Lock-Down. Wie soll das gehen? Das fragen wir uns auch! Deshalb brauchen wir dringend eine Förderung der Prüfungsvorbereitung, z. B. durch mehr Freistellungstage. Bund und Länder müssen jetzt dafür sorgen, dass es nicht auch noch eine Generation gibt, die reihenweise durch die Abschlussprüfung fällt!

Auf eigenen Beinen stehen - Am Lebensunterhalt darf es nicht scheitern!

Der Start ins das eigene Leben, unabhängig vom eigenen Elternhaus, scheint nicht mehr eine Frage des Wollens zu sein, sondern des Sich-Leisten-Könnens. Die Corona-Zeit hat es zu Tage gebracht. Es gibt junge Studierende, Berufstätige und Auszubildende aus unseren Jugendverbänden, die berichten, dass sie sich durch die Corona-Krise gezwungen sahen, im Elternhaus zu bleiben bzw. ins Elternhaus zurückzuziehen. Nicht weil sie es wollten, sondern weil sie keine andere Möglichkeiten sahen. Der Landesjugendring Brandenburg fordert dazu auf:

- Ausbildungsvergütungen müssen ein Leben auskömmlich finanzieren. Seit 2020 gilt die Mindestausbildungsvergütung. Damit diese auch wirksam wird, gilt es aber weiterhin auch auf Landesebene die Tarifbindung zu stärken. Zudem gilt es Jahr für Jahr zu prüfen, ob die Mindestausbildungsvergütung es jungen Menschen ermöglicht, ein eigenständiges, von den Eltern unabhängiges Leben zu beginnen.
- BAföG-Novelle ... Jetzt erst recht! - Das neue BAföG muss endlich die finanziellen Problemlagen und Herausforderungen junger Menschen ernst nehmen! Auch in Berlin und Brandenburg profitieren immer weniger Schüler*innen und Studierende vom BAföG. Dabei bedeutet eine echte BAföG-Novelle einen zukunftsweisenden Weg, um unsere Fach-



kräfte von morgen gut auszubilden. Hierfür muss sich die Landesregierung auf Bundesebene starkmachen. Corona-Hilfen für Studierende auch nach der Pandemie - Die Corona-Pandemie wirkt sich auch bei den Brandenburger Studierenden negativ aus. 40% aller Studierenden haben ihre Nebenjobs verloren. Das Bundesbildungsministerium hat mit großer Verspätung 100 Millionen Euro Überbrückungshilfe bereitgestellt. Wir kritisieren die Hilfen als völlig unzureichend. Daher braucht es hier funktionierende und ausreichende Bundes- und Landesprogramme.

- Sonderförderung #digitaleTeilhabeDigitalesLernen: Fördert junge Menschen niedrigschwellig und sofort, ohne wochenlange Antragswege und Formulare, die Erziehungsberechtigte für ihre volljährigen Kinder mitausfüllen müssen! Glaubt jungen Menschen, dass sie keine technische Ausstattung besitzen und sich diese nicht leisten können! Erstattet ihnen die monatlichen Kosten für eine Internetverbindung, die ihren Namen verdient! Eine digitale, chancengleiche Teilnahme am Unterricht der Berufsschule/am Studium ist ohne dies nicht möglich und belastet junge Menschen sehr. Auch hier ist das Land in der Pflicht, unbürokratische Hilfen bereitzustellen!

Jungen Menschen beistehen und gegenseitige Unterstützung in der Jugendverbandsarbeit fördern!

SOS, das ist zum einen das bekannte Notsignal und wird auch übersetzt als „Save our souls“. Wir als Gemeinschaft der Jugendverbände und Stadt- und Kreisjugendringe des Landes Brandenburg fordern die Landesregierung auf, dringend die Jugendverbandsarbeit für alle jungen Menschen von 6 bis 27 Jahren zu ermöglichen! Seit Monaten sind die realen Begegnungsräume und die realen Veranstaltungen der Jugend(verbands)arbeit vor Ort für junge Menschen ab 21 Jahren geschlossen.

Junge Erwachsene benötigen in diesen Krisenzeiten die Angebote der Jugendverbandsarbeit als:

Austausch- und Schutzräume: In Pandemiezeiten bedeutet dies auch, dass die beteiligten Menschen (Peers/Gruppenleiter*innen/Fachkräfte), junge Menschen stärken und einen Beitrag zur seelischen Gesundheit leisten. Probleme können angesprochen werden und es gibt Menschen, die zuhören.

Förder- und Engagement-Räume: Viele junge Menschen engagieren sich in den Jugendverbänden des Landes Brandenburg. Sie wollen sich und ihre Fähigkeiten entdecken und für andere einbringen. Eine Woche als Betreuer*in in einem Kinder- oder Jugendcamp ist für viele ein ganz besonderes Erlebnis, auf welches sie zusammen mit anderen hinarbeiten. Die Öffnung der Jugendverbandsarbeit für junge Menschen ab 21 Jahren öffnet diesen auch (wieder) die Zugehörigkeit zu einer Gruppe der Jugendverbandsarbeit. Ehrenamtliches Engagement von jungen Erwachsenen hat die eigene Erfahrung von Treffen unter Gleichaltrigen in Gruppen zum Fundament.